

VORWÄRTS EXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

BADEN-WÜRTTEMBERG

SPD

„INTEGRATION IST EINE FRAGE GLEICHER BILDUNGSCHANCEN“

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die Brandkatastrophe in Ludwigshafen, bei der neun türkische Mitbürger ums Leben gekommen sind, hat die Debatte um Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland forciert. Dabei ist bemerkenswert, dass die Diskussion nach dem erfolglosen Anti-Ausländer-Wahlkampf von Roland Koch in Hessen überwiegend nicht mehr von Schlagwörtern wie „deutscher Leitkultur“ einerseits und „Multikulti“ andererseits bestimmt wird, sondern dass endlich der Fokus gelegt wird auf die Frage, mit welchen Mitteln wir ein gutes Miteinander von Deutschen und Migranten in unserem Land anregen und pflegen können.

Der Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan nach dem Großbrand in Deutschland hat dazu gleichwohl einen zwiespältigen Beitrag geleistet. Ich finde, seine Worte, die er in Ludwigshafen gefunden hat, haben zunächst sehr zur Besonnenheit beigetragen. Seine späteren Äußerungen im Kölner Stadion waren dagegen wenig hilfreich, ja kontraproduktiv im Verständnis vieler Bürgerinnen und Bürger – ob mit oder ohne Migrationshintergrund.



Plädoyer für doppelte Staatsbürgerschaft

Erdogans dunkle Warnung vor Assimilierung der Türken geht sowohl an unseren unbestreitbaren Integrationsproblemen, als auch an der Befindlichkeit vieler Betroffener in Deutschland vollkommen vorbei. Denn das kulturelle Selbstwertgefühl vieler so genannter Deutschtürken ist doch viel diffuser, viel differenzierter ausgeprägt. Es ist schließlich nicht so, dass die Mehrheit ihre türkischen Wurzeln verleugnen würde. Aber auch wer sich nicht assimiliert, lehnt nicht gleichzeitig die neue Heimat in Deutschland ab. Genau das ist der Grund, warum ich nach wie vor für die doppelte Staatsbürgerschaft plädiere: Dadurch werden Wurzeln anerkannt, sie bedeutet aber auch das Bekenntnis zum deutschen Staat und seiner Verfassung.

Auch Erdogans Forderung auf türkische Schulen in Deutschland geht an den Notwendigkeiten vorbei. Ich bin nicht dafür, dass Lehrer aus der Türkei nach Deutschland geschickt werden, um türkische Privatschulen und Universitäten einzurichten. Solange ethnische Gruppen unter sich bleiben, gibt es auch keine Integration. Daher müssen wir unser staatliches Schulsystem reformieren, damit alle Kinder – unabhängig von ihrer Herkunft – echte Bildungs- und Aufstiegschancen bekommen! Eine Studie der Bosch-Stiftung hat ergeben, dass nur 10,1 Prozent der ausländischen Kinder in Deutschland die Hochschulreife erlangen, in Baden-Württemberg sogar nur 3,2 Prozent. Es ist erschütternd, wie wenige Kinder mit Migrationshintergrund hier eine Chance haben. Das müssen wir ändern!

Sprache ist der Schlüssel

Vor allem müssen wir bei der Sprache ansetzen. Kinder müssen bereits in den Kindertagesstätten Deutsch lernen, und das nicht nur in vereinzelten Modellprojekten. Dazu brauchen

die Kindergärten natürlich entsprechendes Personal und die Mittel. Und ich bleibe auch bei meinem Vorschlag, über Türkisch als weitere Fremdsprache an den Schulen nachzudenken. Nirgends in Baden-Württemberg gibt es bisher diese Möglichkeit! Aber warum wird die Mehrsprachigkeit mit Englisch und Französisch als wichtige Qualifikation gefördert, Türkisch jedoch nicht? Für Italienisch, Spanisch oder Griechisch gibt es solche Angebote übrigens bereits an vielen Schulen.

Schließlich müssen wir an die Zukunft denken: Die türkische Wirtschaft verzeichnet erhebliche Zuwächse, die Türkei wird in absehbarer Zeit ein noch wichtigerer Handelspartner gerade für Baden-Württemberg sein, da können auch deutsche Schüler von Türkischkenntnissen profitieren. Natürlich ist entscheidend, dass ein solches Angebot dann auch deutschen Schülern offen stehen und Türkisch auch „auf Deutsch“ unterrichtet werden müsste (was bei Erdogans Vorstellungen nicht der Fall ist). Das wäre ein Beitrag zur Chancengleichheit, zur Integration und zu wirtschaftlicher Zukunftsfähigkeit!

Für mich steht fest: Ein gutes Miteinander, eine gute Zukunft von Deutschen und Migranten ist in allererster Linie eine Frage gleicher Bildungschancen. Das sollte auch jeder Wahlkämpfer beherzigen – ob in Deutschland oder in der Türkei.

Herzlich,
Eure

Ute Vogt
Landesvorsitzende

IMPRESSUM

Verantwortlich:
Andreas Reißig
SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
Fon 0711 619 36-31
Fax 0711 619 36-55
Email: andreas.reissig@spd.de
Internet: www.spd-bw.de

KOMMUNALWAHL 2009: JETZT GEHT'S LOS!



Bis auf Vertreter der Kreisverbände Heidenheim und Lörrach waren über 70 Aktive aus allen Kreisverbänden Baden-Württembergs auf Schloss Flehingen vertreten, um den Startschuss zur Vorbereitung der Kommunalwahl 2009 zu geben. „Mit starken Themen und starken Teams gehen wir in diese Wahl“, so die Landesvorsitzende Ute Vogt zur Begrüßung. Motivation und Information standen daher in den Foren und Arbeitsgruppen des Wochenendes im Vordergrund.

Neben dem Zeitplan wurde die Strategie vorgestellt, welche eine Arbeitsgruppe um Generalsekretär Jörg Tauss und die Landesvorstandsmitglieder Elvira Drobinski-Weiß und Franzisca Engehausen in den letzten Monaten erarbeitet hatte. Diese soll die Verankerung unserer Partei in den Gemeinden und die Vernetzung untereinander stärken. Herzstück sind drei Projekte: die kommunalen Werkstätten, „9 Minuten für 2009“ sowie das Internetprojekt Kompl@t.

In den kommunalen Werkstätten präsentieren wir uns als bürgernahe Partei. Gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Vereinen und Initiativen werden wir vor Ort das Programm der Kommunalwahl erarbeiten. Mittendrin in der Gesellschaft gewinnen wir auf diese Weise bislang nicht an die SPD gebundene Multiplikatoren für unsere Konzepte – und Kandidatinnen und Kandidaten. Das Handbuch „Kommunale Werkstätten“, in dem sich auch Aktionsformen jenseits von Hinterzimmern und Tapeziertisch finden, steht in Papierform und auf der Internetseite des Landesverbandes als PDF-Dokument zur Verfügung.

In den „9 Minuten für 2009“ sollen verschiedene Daten eingestellt werden, die wir brauchen, um den Wahlkampf optimal zu organisieren. Wo treten wir mit eigenen Listen auf? Wo gehen wir Listenverbindungen ein? Die „9 Minuten“ sind vor allem ein Instrument für die Kreisverbände, sich adäquat auf ihren Wahlkampf vor Ort einstellen zu können und die Verbindung zu den Ortsvereinen und zum Landesverband zu vereinfachen und zu optimieren.

Unverzichtbar ist schließlich unsere Internetplattform „Kompl@t“, die derzeit weiter aufgebaut wird und auch über die Wahl hinaus ein Kommunikationsinstrument unter allen kommunalen Funktionsträgern sein soll. Service wird dabei groß geschrieben. Geplant sind eine zentrale Seite als Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, die Bereitstellung zahlreicher Materialien für die Gliederungen

der Partei sowie Austauschmöglichkeiten untereinander. Übrigens: Jeder Ortsverein soll eine Homepage zur Kommunalwahl bekommen.

Sie fühle sich nun gut gerüstet und motiviert, so der Kommentar einer Teilnehmerin, der das Stimmungsbild am Ende des Seminars widerspiegelt. Die frühzeitige Information sowie die Vernetzung der Anregungen und Aktivitäten wurden von vielen als positives Signal in ihre Kreisverbände mitgenommen. Die Ergebnisse von Flehingen werden wir veröffentlichen und anlässlich der Aktivenkonferenz am 26. April in Filderstadt weiter vertiefen. Nicht nur KommunalpolitikerInnen sind herzlich dorthin eingeladen. Denn jetzt geht's los: Wir haben das Konzept, wir vernetzen uns, wir wollen gewinnen! ■

ERFOLGREICHER NEUJAHRSEMPFANG DER AG 60 PLUS



Der Neujahrsempfang der AG 60plus Ende Januar zog wieder viele Besucher in den Kleinen Kursaal nach Bad Cannstatt. Und sie wurden nicht enttäuscht. Wie jedes Jahr war es gelungen, einen hochkarätigen Gastredner zu gewinnen. Dieses Mal referierte der Präsident des Bundesrechnungshofs, Prof. Dr. Dieter Engels, zu den Perspektiven deutscher Haushaltspolitik. Engels sagte, der Bundeshaushalt bleibe ein Sorgenkind, weil er nach wie vor nicht ohne Kreditaufnahme auskomme. Das sei nicht immer so gewesen: In der Nachkriegszeit kam die Bundesrepublik nahezu ohne staatliche Kredite aus. Mittlerweile beträgt die Gesamtverschuldung 1,5 Billionen Euro und 15 Prozent der Bundesmittel fließen jährlich allein in Zinszahlungen. Dabei betonte Engels, dass es für den größten Teil der Bundesausgaben gute Gründe gebe. Das gelte vor allem für die Sozialausgaben im Interesse des sozialen Friedens. Allerdings plädierte er dafür, der Einnahmenseite in den kommenden Jahren besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Aber nicht durch weitere Steuererhöhungen; vielmehr sollten bestehende Steuergesetze strikt und ordnungsgemäß angewandt und die Steuern auch tatsächlich und vollständig erhoben werden. Der Föderalismuskommission empfiehlt der Bundesrechnungshof, Aufgaben- und Finanzierungszuständigkeiten konsequent in jeweils ein und dieselbe Hand zu geben. Außerdem würden in unserem föderalen Staat viele Aufgaben mehrfach wahrgenommen. Als Beispiele hierfür nannte Engels das Bundesamt für Verfassungsschutz und das Statistische Bundesamt mit ihren entsprechenden Landesämtern. ■

HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE IM MÄRZ

ZUM 80. GEBURTSTAG

an Johanna Baloui in Mannheim, Oswald Bannert in Abstatt, Walter Baumann in Heidelberg, Helmut Bender in Baden-Baden, Josef Benke in Pforzheim, Walter Dettling und Elsbeth Dettling in Elztal, Walter Duerr in Boxberg, Gerhard Dürr in Stuttgart, Greta Fellhauer in Wiesloch, Egon Findler in Bad Wildbad, Hans-Ludwig Fröschle in Wüstenrot, Walter Goldberg in Leinfelden-Echterdingen, Hella Gottschall in Oftersheim, Albert Gredel in Brühl, Ewald Haag in Philippsburg, Wilma Haas in Weingarten, Hans Hammer in Esslingen, Willi Härer in Mannheim, Jakob Hartmann in Mühlheim, Gottfried Hechtin in Winnenden, Rolf Hepp in Rottweil, Erich Hoerger in Crailsheim, Karlheinz Hopp in Neckargemünd, Johanna Huber in Bretten, Paul Jahnke in Bad Krozingen, Ingomar Jaitner in Kornwestheim, Helmut Karpenstein in Stuttgart, Gudrun Kauer in Heilbronn, Margarete Kaufmann in Lahr, Elisabeth Kirmeyer-Renner in Tübingen, Anneliese Conrad in Mauer, Siegfried Kossack in Mühlheim, Gerhard Liebler in Markgröningen, Konrad Ludwig in Loßburg, Artur Mohl in Stuttgart, Rudolf Müllner in Süßen, Helmut Noack in Heimsheim, Ludwig Ohler in Wehr, Lydia Ostertag in Münsingen, Hermann Pfeffer in Sindelfingen, Edmund Pfisterer in Heidelberg, Hans Pröschel in Crailsheim, Karl-Heinz Reichel in Bad Säckingen, Gisela Reinhard in Mannheim, Elfriede Roth in Gerlingen, Willi Schimmer in Freudenstadt, Wolfgang Schneider in Heidelberg, Hildegard Staudacher in Göppingen, Karl Staudt in Obrigheim, Willy Strohmaier in Göppingen, Franz-Georg Ulses in Lahr, Bernd Wagenbach in Moos, Erich Warmbrunn in Rottweil, Paul Weidner in Schwäbisch Hall, Elli Wrobel in Immenstaad, Erich Zandt in Weil am Rhein, Friedrich Zimmermann in Göppingen und an Rolf Zink in Oberstenfeld

ZUM 90. GEBURTSTAG

an Klara Modschiedler in Reutlingen, Karl Ott in Karlsruhe und an Maria Schwanz in Wertheim

ZUM 95. GEBURTSTAG

an August Valentin in Königsbrunn

ZUM 96. GEBURTSTAG

an Alfred Linke in Kirchzarten

ZUM 97. GEBURTSTAG

an Dora Zielke in Stuttgart

ZUM 99. GEBURTSTAG

an Elise Gutfleisch in Heidelberg und an Richard Probst in Schorndorf

ZUM 50. PARTEIJUBILÄUM

an Günter Achilles in Herrenberg, Hans Breuning in Wilhelmsdorf, Friedrich Clauß in Karlsruhe, Josef Heinrich in Rastatt, Franz Herrmann in Rastatt, Marliese Kober in Karlsruhe, Emil Löschin in Hockenheim, Karl-Heinz Millmeier in Rheinfelden, Martin Philipp in Östringen, Hans Schmid in Mötzingen, Heinz Schröder in Weinheim, Monika Suske in Wiesenbach, Trude Thinius in Mannheim und an Karl Villinger in Inzlingen

ZUM 60. PARTEIJUBILÄUM

an Karl Hübl, Elisabeth Müller und Maria Vanek in Esslingen

GUT VERNETZT IM INTERNET

Auf dem Mitte 2007 gestarteten Internetangebot www.meineSPD.net gibt es jetzt eine Gruppe für SPD-Mitglieder aus Baden-Württemberg. Mit über 200 Teilnehmern ist die stetig wachsende Gruppe „SPD Baden-Württemberg“ inzwischen die drittgrößte innerhalb von www.meineSPD.net. Die Gruppe soll der verbesserten Kommunikation innerhalb der Partei und unter den Mitgliedern aus dem Südwesten dienen. Dazu gibt es verschiedene, attraktive technische Möglichkeiten, die die Plattform zur Verfügung stellt. So können in einem Forum interne Diskussionen geführt werden. Mit einem Gruppennewsletter wird über Neuigkeiten innerhalb der Partei berichtet und auf Gruppenaktivitäten aufmerksam gemacht. Man kann viele Gleichgesinnte finden, die man bisher noch nicht kannte und mit ihnen zwanglos in Kontakt treten. Die Gruppe soll sich zur zentralen Anlaufstelle für Onliner aus dem Südwesten entwickeln und Raum bieten, eigene Aktivitäten vorzustellen und Mitstreiter zu finden. Um Mitglied der Gruppe zu werden, muss man sich zunächst auf www.meinespd.net registrieren. Dann kann es losgehen mit dem Entdecken und dem Vernetzen mit anderen Mitgliedern der SPD Baden-Württemberg. ■

TERMINE MÄRZ 2008

Freitag, 7.
Präsidium, Stuttgart

Freitag, 14.
ASF-Landesvorstand, Stuttgart

Samstag, 15.
Landesvorstand, Stuttgart

Arbeitskonferenz zur Dialogkampagne „Nah bei den Menschen“, Stuttgart

ASJ-Landesvorstand, Stuttgart

Mittwoch, 19.
AG 60plus-Landesvorstand, Stuttgart

Donnerstag, 20.
Juso-Landesvorstand, Stuttgart

STATT ÜBER KUBA, SOLLTEN WIR MIT KUBA REDEN!

Von Lothar Mark, Lateinamerika-Beauftragter der SPD-Bundestagsfraktion

Die Frage, wie die politische Zukunft Kubas aussehen wird, erhitzt seit der Bekanntgabe der Erkrankung des kubanischen Staats- und Parteichefs Fidel Castro weltweit die Gemüter. Die Parlamentswahlen im Januar hielten indes keine Überraschungen bereit: Die kommunistische Partei erhielt 91 Prozent der Stimmen und alle 614 Kandidaten wurden bestätigt. Mit Spannung wird jedoch die erste Sitzung des Parlaments Ende Februar erwartet, bei der die neue Regierung bestimmt wird. Denn dann steht nicht nur eine Vorentscheidung über die Linie der kommunistischen Partei an, sondern aller Voraussicht nach wird auch über die zukünftige Rolle Fidel Castros entschieden.

Seit dieser im letzten Dezember erklärte, nicht zwangsläufig an seinen Ämtern festhalten zu wollen, mehren sich die Anzeichen dafür, dass sein jüngerer Bruder Raúl Castro in Kürze die Amtsgeschäfte nicht nur vorübergehend, son-

dern auch formell übernehmen wird. In diesem Fall sind Systemreformen im kommunistischen Inselstaat zu erwarten. Wie diese im Einzelnen aussehen könnten, ist umstritten. Während manche von einer weiteren politischen Liberalisierung ausgehen, spekulieren andere über einen pragmatischeren Kurs in der Wirtschaftspolitik.

Letztlich bleibt der Ausgang der politischen und wirtschaftlichen Weichenstellung jedoch ungewiss. Gerade deswegen sollte es Deutschlands und Europas vordringliches Ziel sein, den Dialog mit Kuba zu suchen. Dies gilt insbesondere für uns Sozialdemokraten, denn – frei nach Willy Brandt – kann Wandel letztlich nur durch Annäherung, nicht aber durch Blockade erzielt werden.

Die offizielle Haltung der EU bildet dafür jedoch keine geeignete Grundlage, denn die Bedingungen für einen politischen

Dialog sind zu hoch angesetzt. Nicht zuletzt auch, da die EU-Mitgliedsstaaten unterschiedliche Positionen vertreten und sich bislang nicht auf eine gemeinsame Kuba-Strategie einigen konnten. Dies sollte Deutschland allerdings nicht daran hindern, seine bilateralen Möglichkeiten auszuschöpfen und beispielsweise die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik zu intensivieren. Auch eine Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit könnte neue Impulse bringen.

Dabei geht es zunächst weniger um einen breit angelegten politischen Dialog, als darum, Anschlussstellen zu schaffen. Denn nur, wenn es uns gelingt, durch eine Intensivierung der Kontakte langfristig Vertrauen aufzubauen, werden wir von der kubanischen Seite als Ansprechpartner wahrgenommen. Damit bekämen wir nicht nur die Gelegenheit, den politischen und wirtschaftlichen Wandel aus nächster Nähe zu begleiten,



sondern könnten auch weitaus effektiver auf eine Verbesserung der Menschenrechtslage hinwirken. Nicht zuletzt deshalb ist es heute wichtiger denn je geworden, mit und nicht nur über Kuba zu reden. ■